

Koalition Für Menschen – gegen Diskriminierung

Für ein respektvolles Zusammenleben:

Keine Verbreitung von Hass und Angst, kein Platz für Gewalt oder Terror, weder gegen religiöse und andere Minderheiten noch im Namen jeglicher Religion.

Keine Stigmatisierung der muslimischen oder anderer Minderheiten in der Schweiz.

Anfangs 2015 haben fast 50 Organisationen das Statement gegen Hass unterschrieben (siehe Anlage). 2017 aktualisieren und erneuern wir diesen Aufruf. Extremistische Menschen verschiedenster Religionen oder Weltanschauungen haben seit jeher die in der Schweizer Verfassung und in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Menschenrechte von Minderheiten verletzt, zu Hass gegen sie aufgerufen und terrorisiert. Aktuell wird insbesondere, aber nicht nur im Namen des Islams Gewalt und Terror gegen muslimische, jüdische, christliche, LGBTI¹- und andere Menschen ausgeübt. Gleichzeitig wird immer wieder Hass gegen und Angst vor Minderheiten verbreitet: Oft sind es die gleichen Stimmen, die Menschen wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der Geschlechteridentität, der sexuellen Orientierung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung diffamieren oder ihre Rechte einschränken (s. BV Artikel 8). Jeder solcher Angriff auf die Menschenwürde ist zu viel: dieser Dynamik muss auf allen Seiten Einhalt geboten werden.

Bei den Terror-Anschlägen im Namen des Islams in Europa (Nizza, Paris, Kopenhagen, Brüssel ...), Nordamerika (Orlando), auch in Afrika und Asien, aber beinahe tagtäglich in Ländern des Nahen Ostens sind der weitaus grösste Teil der Opfer selbst muslimische Menschen, manchmal werden aber auch bewusst jüdische, LGBTI- oder (wahllos) andere unschuldige Opfer jeglicher Herkunft angegriffen. In der Schweiz selbst fürchtet sich die Bevölkerung einerseits vor Angriffen - wie in Nachbarländern - und andererseits sind der Staat oder andere Instanzen gefordert, insbesondere bei öffentlichen Grossanlässen oder für jüdische und auch andere symbolträchtige Einrichtungen aufwendige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

In Europa wachsen die Ängste vor einer Radikalisierung, die junge Erwachsene zu kaum vorstellbarer Gewaltbereitschaft ver- und anleitet. Das gilt ebenfalls für die Schweiz – auch wenn wir hier bis anhin von Anschlägen verschont geblieben sind. Laut der Bundespolizei sind bisher rund 70 Verdächtige aus der Schweiz bekannt (das entspricht rund 1 von 5'000 Schweizer Muslim_innen), die in den letzten Jahrzehnten nach Syrien oder anderswo gereist sind oder reisen wollten, um mit dem sogenannten IS oder ähnlichen Gruppen zu kämpfen.

Es muss vermieden werden, dass diese Ängste immer wieder in eine schädliche, polarisierende, öffentliche Hetze gegen muslimische Mitmenschen münden. Ein pauschaler Verdacht aufgrund von wenigen Extremist_innen ist weder gerechtfertigt noch förderlich, sondern ungerecht und diffamierend:

¹ LGBTI: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Intersex / Lesben, Schwule, Bi-,Trans*- und Intersexuelle

- Als Frauen an Sylvester 2015 in Köln und anderen Städten Übergriffe erlitten, wurden international muslimische Männer, insbesondere Flüchtlinge, unterschiedslos als suspekt eingestuft.

- Wenn ein Mädchen nicht in den Schwimmunterricht geht oder zwei Jungen der Lehrperson nicht die Hand geben, wird das zu einem nationalen Thema aufgebauscht, das - anstatt mit pragmatischen, pädagogischen, menschenrechtsfördernden Mitteln - strafrechtlich angegangen werden soll.

- Nach jedem Vorfall schüren fremdenfeindliche Stimmen Ängste, um daraus parteipolitischen Profit zu ziehen, anstatt konstruktiv Prävention zu fördern.

- Mittels Initiativen gegen Kopfbedeckungen wird kantonal und national die Stimmung gegen Muslim_innen noch weiter angeheizt.

Wie bei der Minarett-Initiative verhindert das unverhältnismässige Hochspielen solcher Fälle ein friedliches Zusammenleben und die Inklusion. Dabei werden Stimmen der Vernunft geflissentlich überhört, während extreme – muslimische und anti-muslimische – Äusserungen die öffentliche Bühne dominieren.

Dennoch oder gerade deshalb: Muslimische, jüdische, LGBTI- und andere Minderheiten verdienen Respekt und Schutz – auch von Menschen anderer Weltanschauungen –, statt pauschalisierende Stigmatisierung oder Bedrohung ihrer Sicherheit. Wer Demokratie und eine offene, vielfältige Schweiz schätzt, soll Zeichen für ein kooperatives Zusammenleben und sinnvolle Hass- und Gewalt-Prävention setzen.

Die Unterzeichnenden dieses Statements gegen Hass plädieren dafür, dieser Hetze Einhalt zu gebieten, den gemässigten und pragmatischen Meinungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, einen wirksamen Diskriminierungsschutz zu fördern und damit das respektvolle und friedliche Miteinander zu fördern. Wo Gewalt oder andere Straftaten vorbereitet werden, braucht es wirksame Gegenmassnahmen. Um die Radikalisierung zu verhindern, braucht es einerseits die Akzeptanz der friedlichen muslimischen Glaubensgemeinschaften, die Regulierung ihrer Finanzierung, Imam-Ausbildungen in der Schweiz und zunehmende Kooperation und Kommunikation mit den vielen wohlgesinnten muslimischen und nichtmuslimischen Mitmenschen. Andererseits ist stigmatisierenden Äusserungen von politischen und religiösen Wortführenden gegenüber Minderheiten, insbesondere der muslimischen, jüdischen und LGBTI-Gemeinschaften entschieden entgegenzutreten.

Unterzeichnende

NCBI Schweiz, Pink Cross, Solinetz Zürich, Alternative Linke Bern, Augenauf Basel, Demokratischen Juristinnen und Juristen der Schweiz, Gewählte Stimme der MigrantInnen für alle, Grüne Partei Schweiz, Gruppe Menschlicher Umgang mit Flüchtlingen (MUF) Bern, Jesuiten-Flüchtlingsdienst Schweiz (JRS Schweiz), Junge Alternative Zug, Junge Grüne Schweiz, Mitte Links – CSP Schweiz, OeME-Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ, SP Schweiz, SyriAid, Verein für islamische Religionspädagogik Schweiz, GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz, Gruppe jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina jvjp, GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus, Vereinigung der Islamischen Organisationen Zürich VIOZ, Ceriba - Social and Humanitarian Aid, Gesellschaft für bedrohte Völker, Schweiz, Frauen für den Frieden Schweiz (und ihre Regionalgruppen), Haus der Religionen - Dialog der Kulturen, Stand up for Refugees, Koalition für Menschen gegen Diskriminierung, Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz (CJA)

Statement gegen Hass 2015

Wir fordern ein Zusammenleben in der Schweiz ohne Diskriminierung und Hetze. Musliminnen und Muslime gehören zur Schweiz und verdienen – wie alle anderen – Respekt!

Wir fordern die Politik, die Medien und die ganze Schweizer Bevölkerung auf, diesen Grundsatz auf allen Ebenen - Bundesrat, Parlament sowie kantonale und kommunale Räte - im Internet und im täglichen Umgang aktiv zu leben. Es ist an der Zeit, sich entschieden von allen Bestrebungen zu distanzieren, welche die muslimische Bevölkerung diffamieren und die tragischen und traurigen Ereignisse in Paris, Kopenhagen und weitere schreckliche Untaten zur Verbreitung von Muslim- und Menschenfeindlichkeit und Hass gegen Migrant/innen instrumentalisieren.

Gemeinsam, ungeachtet unserer unterschiedlichen religiösen Zugehörigkeiten und politischen Haltungen, als Betroffene verschiedenartiger Diskriminierungen, fordern wir die Politik, die Medien, die Religionsgemeinschaften und die Schweizer Gesellschaft auf, für die Vielfalt und das friedliche Zusammenleben in Respektierung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) einzustehen, ehrliche und offene Begegnungen zu fördern, sich nicht von medialen Schlaglichtern und ideologischen Hetzern blenden zu lassen, sondern in erster Linie das tatsächliche Verhalten der in der Schweiz lebenden muslimischen Menschen wahrzunehmen. Durch eine ernsthafte Kooperation können gefährliche Entwicklungen gemeinsam erkannt und diesen entgegengetreten werden. Entwickeln wir wirksame Ansätze, um eine konstruktive Gewaltprävention zu stärken und Brücken des Verständnisses aufzubauen, statt Konflikte vom Ausland in die Schweiz zu importieren.

Wir bekennen uns zur Religionsfreiheit - für Zugewanderte wie für Einheimische. In unserer Vielfalt sind wir vereint. Menschen mit Migrationshintergrund gehören längst zur Schweiz und prägen den Alltag positiv. Vielfalt soll als Stärke erkannt werden, denn nur so können wir gemeinsam Schwierigkeiten überwinden.

Wir nehmen gemeinsam Stellung gegen Gewalt, Drohungen, Muslim- und Judenfeindlichkeit und Hetze und stehen ein für Frieden, Sicherheit, Integration, und Gerechtigkeit ohne Diskriminierung.

Wir rufen Organisationen, politische Entscheidungstragende, Religionsgemeinschaften und Einzelpersonen dazu auf, sich durch die Verbreitung dieses Statements, mit Demonstrationen und anderen Solidaritätsaktionen aktiv und friedlich gegen alle Ausgrenzungs-, Hetz- und Hasskampagnen und den Versuch, eine PEGIDA-CH zu organisieren, einzusetzen.

NCBI Schweiz, Pink Cross, Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen- isa, Second@s Plus, Solinetz Zürich, Alternative Linke Bern, Augenauf Basel, Anlaufstelle gegen Rassismus St. Gallen, CaBi Antirassismus-Treffpunkt St. Gallen, Demokratischen Juristinnen und Juristen der Schweiz, Fondation pour l'Entre-connaissance (Stiftung für gegenseitiges Kennenlernen), Gewählte Stimme der MigrantInnen für alle, grundrechte.ch, Grüne Partei Schweiz, Grüne Partei Wädenswil, Gruppe Integration des Frauenbundes Sins, Gruppe Menschlicher Umgang mit Flüchtlingen (MUF), GSIW Gesellschaft Schweiz - Islamische Welt, Islamische Frauenverein Dar an-Nur, Jesuiten-Flüchtlingsdienst Schweiz (JRS Schweiz), Junge Alternative JA!, Junge Alternative Zug, Junge Grüne Schweiz, JUSO Schweiz, Katholische Kirche Stadt Luzern Bereich Migration/Integration, L'autre syndicat, Leitungsteam Café International Muttenz, Luzerner Asylnetz, Migration Conseils, Mitte Links – CSP Schweiz, OeME-Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, REseau

valaisan de SOLidarité avec les MIgrantEs (RESOLMI), Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ, Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht, SP Schweiz, Stiftung ECAP, SyriAid, Verein für islamische Religionspädagogik Schweiz (VIRPS)

Asylbrücke Zug, GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz, Gruppe jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina jvjp, Koordination Islamischer Organisationen Schweiz KIOS, SOS Asile Vaud, Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA, Vereinigung der Islamischen Organisationen Zürich VIOZ.

Ratsmitglied

Doris Fiala

Hintergrund

Die Gewalttaten in Paris sowie weitere Gräueltaten im Namen des Islams schockieren uns alle. Statt zu trauern, gibt es muslimfeindliche Kreise in Frankreich, in Deutschland, in der Schweiz und anderswo, die bereit sind, diese Tragödien auszunützen. Schon ist es zu sogenannten „Vergeltungs-Aktionen“ gegen Moscheen gekommen. Sichtbar muslimisch gekleidete Frauen sind Anfeindungen ausgesetzt. In der Schweiz wird aktiv gegen die muslimische Minderheit und die verfassungsmässig geschützte Religionsfreiheit mobilisiert.

Seit den Anschlägen in Paris steht die muslimische Minderheit in der Schweiz erneut unter Generalverdacht. Dass die muslimischen Gemeinden sich sofort von den Anschlägen in Paris distanzieren haben, wird kaum wahrgenommen. Es ist zu begrüßen und festzuhalten, dass bedeutende islamische Gelehrte weltweit den IS und dessen Vorgehen verurteilenⁱ. Auch muslimische Organisationen in der Schweiz haben sich klar davon distanzieren. Jedoch werden sie aufs Neue immer wieder aufgefordert, sich zu rechtfertigen und zu erklären, was sie gegen den Terrorismus von IS und anderen Gruppierungen unternehmen werden.

Eine anti-muslimische Stimmung wird seit Jahren geschürt, wie zum Beispiel mit der Anti-Minarett-Initiative der SVP. Die Debatte um Kopftücher und Burka werden zur Angstmacherei genutzt. Dies sind Scheingefechte, da es nur vier Minarette in der Schweiz gibt und nur sehr wenige Burka-Trägerinnen. Jetzt soll die PEGIDA aus Deutschland in die Schweiz eingeführt werden. Dies polarisiert, verstärkt die Diskriminierung gegen Zugewanderte und behindert die Integration.

Mit grosser Besorgnis nehmen wir die Angriffe auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen der sogenannten Mehrheitsgesellschaft und den verschiedenen Minderheiten, aktuell besonders der muslimischen Gemeinschaft, wahr. In der Vergangenheit und auch heute noch wurden und werden Minderheiten gezielt pauschal in ein schlechtes Licht gestellt. Ihnen wird eine elementare Gleichbehandlung verweigert, um auf deren Kosten mit Stellvertreterdiskussionen von den wirklichen gesellschaftlichen Problemen abzulenken. Das darf sich nicht wiederholen!

Es gibt in der Tat gefährliche Entwicklungen - primär im Ausland, aber auch in der Schweiz: menschenverachtende, gewaltfördernde und antisemitischeⁱⁱ Ideologien werden von internationalen Gewaltnetzwerken geschickt in Verbindung mit dem Islam gebracht, um manipulierbare Menschen für ihre Gewalt- und Machtpläne zu missbrauchen. Dafür wird das Leiden der muslimischen Bevölkerung in vielen Ländern - verursacht durch Krieg, Ausbeutung, Diktatur, Hetze und die Nachwirkungen des Kolonialismus sowie die Probleme im Nahen Osten - instrumentalisiert. Leider können dafür in fast jedem Land Bereitwillige gefunden und mit Fanatismus indoktriniert werden, um je nachdem gezielt Medienschaffende, muslimische, jüdische, christliche und andere – auch unbeteiligte – Menschen zu verletzen oder gar zu ermorden. Eine breite Ausgrenzung und Diffamierung aller Musliminnen und

Muslime erschwert die nötigen gesellschaftspolitisch stabilisierend wirkenden Kooperationen und erleichtert die Rekrutierung von weiteren gewaltbereiten Menschen.

Die Muslime in der Schweiz sollen nicht unter einem einseitigen und falschen Bild des Islams aufgrund von Extremhandlungen weniger Verbrecher leiden müssen. Denn die muslimische Religionsgemeinschaft ist nach der katholischen und der reformierten die drittgrösste in der Schweiz. Es entsteht ein Schweizer Islam, der einen Teil unserer Gesellschaft darstellt. Xenophobie und Islamophobie stehen in einem engen Zusammenhang. Die grosse Mehrheit der hiesigen islamischen Gemeinschaft stammt aus dem Balkan und der Türkei, davon sind rund ein Viertel Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Die Anerkennung und die Entwicklung der muslimischen Gemeinschaften müssen gefördert werden. Lernen wir einander besser kennen, gehen wir aufeinander zu, um so oberflächliche Feindbilder durch ehrlichen Austausch abzubauen.

Es braucht eine sofortige, wirksame Sensibilisierung, Integration und Intervention hierzulande, um der Propaganda und Rekrutierung der Extremisten entgegenzuwirken. Die Schweiz verabscheut die Gewalt, die der sogenannte IS bzw. ISIS und ähnliche Gruppierungen aus machtpolitischen Interessen und missbräuchlich im Namen des Islams ausüben – in erster Linie gegen muslimische Menschen selbst sowie gegen religiöse Minderheiten in Syrien und im Irak und zuletzt gegen Medienschaffende, Juden und die Polizei in Paris. Die Empfänglichkeit einiger junger Menschen in europäischen Ländern für diese gefährliche und menschenverachtende Ideologie, die der islamischen Lehre und Tradition grundsätzlich widersprechen, bereitet uns grosse Sorgen. Alle müssen sich fragen: Was läuft falsch in unserer Gesellschaft, wenn die Appelle des IS wirken?

Hier in der Schweiz müssen sich vernünftige Köpfe aus der nationalen, kantonalen und kommunalen Politik, aus den muslimischen und jüdischen Gemeinschaften und vor allem der christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft zu Wort melden und sich klar von Gewalt, Hass, Hetze und Diskriminierung distanzieren. Wer seine Meinung zum Ausdruck bringt, darf keine diskriminierende oder gewaltstiftende Parolen verwenden. Insbesondere den Medien, dem Internet und der Politik obliegt hier eine verantwortungsvolle Rolle, derer sie sich bewusst sein müssen. Sowohl Muslim- als auch Judenfeindlichkeit sind leider verbreitet und in den letzten Monaten sichtbarer geworden - auch hier in der Schweiz - diese und alle anderen Formen von Ausgrenzung müssen überwunden werden. Da die Hemmschwelle zu solchen Diffamierungen und Diskriminierung in der Öffentlichkeit kleiner geworden ist, braucht es von Seiten des Staates und der Mehrheitsgesellschaft einen verstärkten Einsatz dagegen. Diffamierung, Diskriminierung und Vorurteile gefährden das Zusammenleben, erschweren die Friedensbemühungen und fördern eine Radikalisierung. Man darf und soll sachliche Kritik gegenüber den Entscheidungstragenden anbringen, Drohungen oder Angriffe auf unsere Mitmenschen in der Schweiz dürfen jedoch keinen Platz haben und können nicht geduldet werden. Vielmehr braucht es breit abgestützte Prävention, Beratung, Begleitung und Intervention, damit sich Hass, Hetze, Diskriminierung und Extremismus jeglicher Art in der Schweiz nicht ausbreiten können.

Die *Koalition Für Menschen – gegen Diskriminierung* ersucht im Sinne ihrer von 16 Schweizer Organisationen mit unterzeichneten Grundsatzerklärung das dringende Anliegen einer diskriminierungsfreien Schweiz mit einer entsprechenden Gesetzgebung schon im Vorfeld des für 2016 erwarteten Berichts zur Diskriminierungslage in der Schweiz aufzunehmen und zu unterstützen. Ziel muss sein, alle in der Schweiz lebenden Personen umfassend vor Diskriminierungen aus jedwedem Grund im Sinne der EMRK zu schützen.

i Über hundert Gelehrte aus verschiedenen Ländern haben sich schriftlich und öffentlich an den Anführer von ISIS, den selbsternannten Kalif Al Bagdadi, gewendet und sich beschwert, dass er gegen die islamischen Vorschriften verstösst.

ii Auch in Paris wurden jüdische Menschen entführt und umgebracht mit dem fälschlichen Vorwand, dass dadurch die Situation im Nahen Osten verbessert werde. Es braucht jedoch einen gerechten und sicheren Frieden für die palästinensischen und israelischen Gemeinschaften. Es stehen weder israelische Extremisten exemplarisch für das Judentum, noch muslimische Extremisten für den Islam. Wir trauern um den Verlust durch das Töten oder Verletzen unschuldiger Kinder und Erwachsener auf allen Seiten. An Stelle gegenseitiger Feindseligkeiten braucht es mutige und positive Schritte: Gaza muss in Frieden wiederaufgebaut, Krieg und die Gewalt müssen endgültig beendet, ihre Ursachen und Hintergründe im Versöhnungsprozess reflektiert und faire Lösungen sollen mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft verbindlich umgesetzt werden. Wir begrüßen friedliche Bemühungen dafür in der Schweiz und anderswo.